

handwerkers 170 (1914 = 50), eines Handelsgärtners 200 (1914 = 40) usw. Die Beamten beziehen, abgesehen von den Sozialzulagen, an Realgehalt 20,22 – 43,76% weniger, als sie vor dem Kriege erhalten haben. Der Preußische Finanzminister hat im Preußischen Landtage ausgeführt, daß die Löhne der Arbeiter um 25 – 30% erhöht worden sind und nach den Nominalsätzen etwa zwischen 140 bis 160% der Friedenshöhe liegen, während manche Löhne noch weiter darüber hinausgehen. Da die große Mehrheit der Arbeiter, besonders der städtischen, ihren Bedarf meist in den Konsumvereinen deckt, so reicht der verbleibende Teil der Arbeitnehmer bei weitem nicht aus, den Umsatz der Gewerbetreibenden günstig zu beeinflussen. Ungünstiger wird der Daseinskampf des gewerblichen Mittelstandes aber noch beeinflusst durch die Konkurrenz, die ihm durch Warenhäuser, den Hausierhandel, selbst mit Kraftwagenbetrieb, durch Wanderlager, unlauteren Wettbewerb, Schwarzarbeit, Zugabeunwesen, Beamten-Wirtschafts- und Konsumvereine bereitet wird.

Der Beamten-Wirtschaftsverein zu Berlin, e. G. m. b. H. (Konsumverein der Beamten, Festbesoldeten, kaufmännischen Angestellten und Angehörigen freier Berufe), unterhält 140 Lebensmittelverteilungsstellen in Groß-Berlin, ein eigenes Kaufhaus für Herren-, Damen- und Kinderbekleidung, Textil- und Schuhwaren, zwei Großbäckereien, Konditorei, Kaffeerösterei, Selterwasserfabrik, Weinküferei, Sparkasse, Theater- und Verlagsabteilung und eine Brennmaterialienabteilung.

Die neue Quartalsstatistik des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine beziffert den Umsatz der Mitglieder im 1. Vierteljahr 1927 auf 206,2 Mill. Mk., im 2. Vierteljahr 1927 auf 232 Mill. Mk. und im 3. Vierteljahr 1927 auf 236 Mill. M.

Es geht hieraus zweifellos hervor, welche ungeheuren Einkommensverluste dem gewerblichen Mittelstande erwachsen und wie immer mehr seine Existenz bedroht wird. Demgegenüber ist es völlig unverständlich, daß beispielsweise dem Konsumverein Görliß einige Tausend selbständige Handwerker angehören.

Vermehrt wird die dem selbständigen gewerblichen Mittelstande bereite Konkurrenz durch die öffentliche Hand, besonders die privatwirtschaftliche Betätigung der Gemeinden. Dazu tritt die Konkurrenz durch Wohlfahrtsanstalten, Schulwerkstätten, Gefangenenarbeit und Förderung der Schwarzarbeit, selbst durch Organisationen des Hausbesitzes. Im Preußischen Haushalt für 1928/29 sind sogar 200000 Mk. für maschinelle Einrichtungen der Gefängnisbetriebe vorgesehen.

In ursächlichem Zusammenhang steht die steuerliche Belastung der deutschen Wirtschaft. Nach zuverlässiger Berechnung ist die durchschnittliche steuerliche Belastung durch Reich, Länder und Gemeinden auf den Kopf der Bevölkerung gestiegen von 1913, wo sie 69,15 Mk. betrug, im Jahre 1926 auf 173,07 Mk., obgleich die Steuerkraft an sich stark zurückgegangen ist. Ähnlich liegt es mit der sozialen Belastung. Sie wird für 1927 auf 4,3 Milliarden Mk. geschätzt. Im Jahre 1913 betrug sie 1430,5 Millionen Mk., 1925 = 2621,1 Mill. Mk. und 1926 = 3835 Millionen Mk. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet betrug die Soziallast im deutschen Reiche 1926 = 66,60 Mk., d. h. etwa die gleiche Summe, die der deutsche Staatsbürger im Durchschnitt in der Vorkriegszeit überhaupt an Steuern zu zahlen hatte. Inzwischen ist eine weitere Steigerung erfolgt. Z. B. trat am 1. Juli 1927 die Erhöhung der Invalidenversicherungsbeiträge in Kraft und mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 ist die Krankenversicherungsgrenze von bisher 2700 Mk. auf 3600 Mk. erhöht worden. Dadurch ist eine Erweiterung des Kreises der krankenversicherungsspflichtigen Personen eingetreten. Ferner ist

am 1. Oktober 1927 die Arbeitslosenversicherung eingeführt worden. Das geht aber den Ortskrankenkassen noch nicht weit genug, sie möchten vielmehr auch die Innungskrankenkassen schlucken. Ich zweifle nicht daran, daß dieses Begehren ohne Erfolg bleiben wird. Die Innungskrankenkassen haben sich durchaus bewährt und trotz geringerer Beiträge erheblich größere Leistungen aufzuweisen, als die Ortskrankenkassen. Es ist ihnen dies nur möglich geworden durch eine sparsame Verwaltung. Zu welcher Höhe die Einnahmen der Krankenkassen angewachsen sind, seien nur einige Zahlen angeführt. Im Jahre 1903 betragen die gesamten Einnahmen der Krankenkassen 206,7 Mill. Mk. Sie stiegen im Jahre 1914 auf 595 Mill. Mk. Im Jahre 1925 erreichten sie bereits 1385 Mill. Mk. und 1926 betragen die Gesamteinnahmen der Krankenkassen nahezu 1,5 Milliarden Mk. Das sind Ziffern, mit denen (nach Dr. Weber „Volksgesundheit und Ortskrankenkassen“) sonst nur Staaten zu rechnen gewöhnt sind. Das Deutsche Reich vereinnahmte z. B. vom 1. April 1925 bis 31. März 1926 aus Lohnabzügen insgesamt 1367 Mill. Mk., also weniger, als die Krankenkassen im Jahre 1926 vereinnahmten. Der ordentliche Netto-Etat des Preußischen Staates im Jahre 1925 schloß mit etwa 1,5 Milliarden Mk. ab, ist also kaum größer als der Etat der Krankenversicherung im Jahre 1926.

Wenn man aus den Berichten der Krankenkassen feststellt, daß (nach Dr. Weber) im Jahre 1926 insgesamt 1,46 Milliarden Mk. verausgabt wurden, darunter für Arztkosten für die Versicherten und ihre Familienangehörigen nur 258 Mill. Mk., aber für Vermögensanlagen der verschiedensten Art 231 Mill. Mk., so erheben sich begründete Zweifel, die sich erheblich verstärken, wenn man erfährt, daß allein mehr als 80 Mill. Mk. der Krankenkassengelder zum Erwerb von Grundbesitz und zur Erstellung prunkhafter Verwaltungspaläste in einer Zeit verbraucht worden sind, in der sowohl die versicherten Arbeitnehmer als auch die mitbelasteten Arbeitgeber sich in schwerster wirtschaftlicher Not befunden haben.

Die Ortskrankenkassen sind sogar dazu übergegangen, chemische Präparate, Verbandstoffe, Brillen, Bandagen und sonstige Heilmittel usw. in eigenen Fabriken herzustellen und für den Absatz der eigenen Fabrikate die Macht innerhalb der Ortskrankenkassen einzusetzen. Schließlich sei noch erwähnt, daß, während die übrigen Kassen auf jedes ihrer etwa 8 Mill. Mitglieder 2,25 Mk. Verwaltungskosten hatten, die Ortskrankenkassen für etwa 12 Mill. Mitglieder mehr als 6 Mk. für jedes Mitglied verbrauchten.

Schon diese Gründe sprechen zur Genüge dafür, daß von einem Aufgehen der Innungskrankenkassen in die Ortskrankenkassen niemals im Ernste die Rede sein kann.

Der Daseinskampf des gewerblichen Mittelstandes läßt sich nur dadurch mildern, daß die sozialen Lasten vermindert und eine Verteilung der Steuerbelastung nach dem Grade der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erfolgt. Die innere Kapitalbildung ist ebenfalls nur unter diesen Voraussetzungen möglich. Selbstverständlich muß die Konkurrenz der öffentlichen Hand wenn nicht ganz verschwinden, so doch auf ein Mindestmaß herabgedrückt und die Steuerfreiheit der öffentlichen Betriebe, Konsumvereine usw. aufgehoben werden.

Zur Gesundung des gewerblichen Mittelstandes ist freilich auch nötig, daß ihm die Erlangung von langfristigen Personalkredit erleichtert und ihm vor allem Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten geboten werden.

Der gewerbliche Mittelstand muß aber auch in seinem schweren Daseinskampf Selbstzucht üben und sich stets das Wort des Dichters Herder zur Richtschnur nehmen:

„Einzelnen ist der Mensch ein schwaches Wesen,
aber stark in Verbindung mit anderen.“ (I/270)